

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfvinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8.3.33.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Ohne Marxisten!

Die Bankenkrise in Nordamerika.

SPD. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika machen in diesen Tagen haargenau dasselbe durch was Deutschland im Sommer 1931 erlebte. Aber drüben ist alles viel gigantischer und bei weitem komplizierter. Wie ein Präriebrand ist dort der Run der Sparer über das Land gerast. Der Sturm hat den amerikanischen Bankenapparat zu Boden geworfen. Die amerikanische Kreditwirtschaft ist schwer lädiert.

In einem Land wie Deutschland, wo man in einer beispiellosen Verwirrung der Begriffe und der Ursachen alles und jedes auf den Marxismus zurückführt und wo man den durch die Krise verarmten und geängstigten Spiessbürger mit den Marxisten wie kleine Kinder mit dem schwarzen Mann schreckt, wird man sich fragen, welche Ursachen zu der Katastrophe in Nordamerika geführt haben. Marxismus und Marxisten können die Ursachen der amerikanischen Katastrophe nicht sein, weil es in Amerika keine Marxisten gibt, die irgendwie Einfluss auf die politische und wirtschaftliche Gestaltung der Dinge haben oder gehabt hätten. Uebrigens behauptet das auch kein vernünftiger Mensch.

Die nordamerikanische Bankenkatastrophe hat dieselben Ursachen wie die deutsche Finanzkatastrophe im Hochsommer 1931. Die amerikanischen Banken haben das Geld der Sparer, etwa 130 bis 140 Milliarden Mark, ausgeliehen, an die Industrie, dann aber auch an den städtischen und landwirtschaftlichen Besitz; sie haben die Dollar der Sparer in Maschinen, Häuser und Fabriken verwandelt, haben mit den Geldern ihrer Sparer unverkäufliche Kupfer-, Weizen- und Baumwollbestände beliehen, toll spekuliert und sie immobilisiert. Aber die Krise, besonders die Rohstoffkrise, hat hier unübersehbare Verluste angerichtet. Man schätzt allein die Verluste der amerikanischen Banken bei den Ausleihungen an die Landwirtschaft, bei den Beleihungen von Baumwolle, Weizen usw., auf 30 Milliarden Mark. Fehlinvestitionen, also solche Anlagen, die unnötig waren und nach Lage der Dinge nicht rentabel arbeiten können, und Ueberspekulationen, illusionistische Hoffnungen auf Riesengewinne, führten zu einer fürchterlichen Kapitalvernichtung. Gerade wie bei uns in Deutschland. Wenn es in Deutschland keine Republik, keine Sozialdemokratie und keine Gewerkschaften gegeben hätte, die Entwicklung wäre bei uns denselben Weg gegangen, wie in den Vereinigten Staaten. Der Marxismus als Krisenfaktor ist eben kindliches und kindisches Gewäsch.

Die Nordamerikaner haben die Ueberwindung der Bankenkatastrophe nach deutschem Muster aufgenommen. Auch sie haben manchen Fehler gemacht, der Deutschland im Jahre 1931, als wir unvorbereitet vor dem Phänomen der Bankenkatastrophe und dem Sparerrun standen, begreiflicherweise passieren konnte, aber in Amerika, das aus dem deutschen Beispiel zu lernen vermochte und vorbereitet war, nicht vorkommen sollte. Das gilt z.B. von der amerikanischen Pro-

paganda für eine Dollarinflation. Inflation bedeutet volkswirtschaftliche Verluste, mit neuen Verlusten kann man aber nicht bereits eingetretene Verluste decken. Erst allmählich scheint man in Amerika auf den Weg zu finden, den gegangen werden muss, wenn man der Katastrophe und des Ruins Herr werden will. Dieser Weg ist steinig und dornig. Und wenn der neue Präsident Roosevelt ihn geht, wird er ebenso wenig Popularität gewinnen wie Brüning und die Parteien, die diesen Weg im Jahre 1931 einschlugen und einschlagen mussten. Zunächst ist es klar, dass sich Amerika entschliesst, unter allen Umständen seine Währung zu verteidigen, wie das Deutschland im Jahre 1931 mit Erfolg getan hat. Die Verteidigung der Währung muss ergänzt werden durch Ausgleichung der amerikanischen Etats. Künftige Defizite in den Haushalten müssen vermieden, die aufgelaufenen gigantischen Defizite müssen abgetragen werden. Das bedeutet für Amerika eine drakonische Steuerpolitik; viel drakonischer und viel brutaler als sie die Regierung Brüning in ihren 4 Notverordnungen bis zum Dezember 1931 machte. Dafür sind auch die Defizite in Amerika viel riesenhafter. Aber es gibt keinen anderen Weg der Rettung für den Dollar und für Nordamerika. Roosevelt wird sicherlich der unpopulärste Mann in den Vereinigten Staaten werden; aber wenn er die Energie zu den notwendigen Massnahmen aufbringt, wird er Amerika retten. Der Parallelismus der Ereignisse in Deutschland und Amerika überrascht und ist wohl die beste Widerlegung der Marxistenhetze.

Wenn Roosevelt den Weg der Währungsverteidigung und der Untermauerung des Dollars durch entsprechende Steuererhöhungen geht, können unter Umständen die schlimmsten Auswirkungen des amerikanischen Kladderadatsch in einem halben Jahr vorüber sein bzw. auf ein Minimum heruntergedrückt werden. Aber auch dann werden wir mit Rückwirkungen auf die grossen Waren- und Rohstoffmärkte zu rechnen haben, die für den Verlauf der Weltkonjunktur von entscheidender Bedeutung sind. Auch dann wird Amerika ein kapitalarmes Land sein, das nicht mit seinem Dollar am Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nach der Krise mithelfen kann wie nach den Erschütterungen im Jahre 1923. Ueber diese Tatsache hilft auch das Geschwätz nicht hinweg, dass Amerika mit den nach Europa und besonders nach Deutschland gegebenen Aufbauanleihen äusserst schlechte Erfahrungen gemacht hat und deshalb nicht als nochmaliger Geldgeber in Frage kommt. Schon die andere Tatsache, dass Amerika den Dollar gegen Gefahren von aussen abdichten muss und seine Wareneinfuhren reduzieren wird, gibt zu vielerlei Bedenken Anlass und ist schlimm genug.

Die aktuelle Gefahr ist aber die, wer die bei den Banken eingetretenen Verluste trägt. Sollen sie die Sparer, die ihre Gelder den Banken einvertrauten, übernehmen, dann kommt es in Amerika zu einer beispiellosen Kaufkraftvernichtung, im Anschluss daran zu einer noch nicht erlebten Zuspitzung der Arbeitslosigkeit und sicherlich auch zu sozialen Unruhen. Das wäre das Schlimmste, was Amerika und Europa passieren könnte. Will Roosevelt diese Auswirkungen vermeiden, dann muss er, ähnlich wie man das in Deutschland getan hat, die direkten Verluste der Banken ganz oder zum Teil auf die Staatskasse übernehmen. Damit sind die aktuellen Gefahren gebannt; aber mit dieser Aktion erscheint die in Nordamerika ziemlich unverfälscht gebliebene Idee des Privatkapitalismus ebenso lädiert wie die amerikanischen Banken. Damit wird auch in Amerika der Weg einer Entwicklung eingeschlagen, von der man wohl den Anfang sieht, nicht aber weiss, wohin sie zuguterletzt führt. Wie in Deutschland.

SPD. Dresden, 8. März (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch-Nachmittag besetzten Nationalsozialisten das Verlagsgebäude der Dresdener Volkszeitung und das Dresdener Volkshaus. Auf beiden Gebäuden wurde die Hakenkreuzfahne gehisst. Dann wurden aus der Buchhandlung der Volkszeitung Bücher geholt und verbrannt.

In der Nähe des Volkshauses wurde von einem Fensterschützen ein SA-Mann erschossen.

SPD. Breslau, 8. März (Eig. Drahtb.)

Das Breslauer Gewerkschaftshaus wurde am Mittwoch morgen gegen 8 Uhr von etwa hundert mit Revolvern und Spaten bewaffneten SA-Leuten besetzt. Der Bürobetrieb ruhte vollständig. Die Strassenzüge um das Gewerkschaftshaus wurden von Schutzpolizei und SA-Hilfspolizei abgeriegelt.

Ein Zug von etwa 250 SA-Leuten marschierte, wie die Polizei-Pressestelle mitteilt, am Mittwoch früh um 7.30 Uhr mit klingendem Spiel durch die Margaretenstrasse. Als die Kolonne am Gewerkschaftshaus vorbeikam, wurde sie laut Polizeibericht aus mehreren Häusern, angeblich auch aus dem Gewerkschaftshaus heraus beschossen. Vier SA-Leute wurden schwer, ein SA-Mann leicht verletzt. Der 20jährige SA-Mann Woltisch verstarb kurz nach seiner Einlieferung ins Hospital. Danach besetzten die SA-Leute mit der inzwischen herbeigerufenen Hilfspolizei das Gewerkschaftshaus. Auf dem Gebäude wurde die Hakenkreuzfahne gehisst. Die Polizei nahm Haussuchungen vor, die ergebnislos verliefen. Elf Personen, die der Eisernen Front angehören, wurden verhaftet und ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Von nicht nationalsozialistischen Augenzeugen werden die Vorfälle wesentlich anders dargestellt. Die Absicht der Nationalsozialisten, auf dem Gewerkschaftshaus die Hakenkreuzfahne zu hissen, scheint danach von vornherein bestanden zu haben. Als die SA-Leute gewaltsam in das Haus eindrangen, stellte sich ihnen die Wache entgegen. Dabei erfolgten wahrscheinlich auch die Tötlichkeiten. Die Hakenkreuzler demolierten die Einrichtung der Gaststube und zerstörten den Buchladen des ADGB und das Geschäft der Büropa. Angestellte, die in ihr Büro gehen wollten, wurden von den SA-Leuten mit dem Revolver bedroht. Eine Aufwartefrau wurde, so heisst es in den Aussagen nicht nationalsozialistischer Zeugen, von Nationalsozialisten angeschossen, der Hauswart bis zur Unkenntlichkeit geschlagen und schwer verletzt.

Die im Gewerkschaftshaus liegenden SA-Trupps sind feldmarschmässig ausgerüstet.

SPD. Der frühere Berliner Polizeikommandeur Heimannsberg ist am Mittwoch vom Vorsitz des Verbandes preussischer Polizeibeamten zurückgetreten.

Heimannsberg begründet diesen Schritt der Verbandsleitung gegenüber damit, dass er zu der Ueberzeugung gekommen sei, dass es im Interesse der reibungslosen Entwicklung des Verbandes preussischer Polizeibeamten liegen würde, wenn er das Amt des Vorsitzenden niederlege. Auch die Befürchtung, dass seine Person der weiteren Vereinigung aller Polizeibeamten-Organisationen zu einer grossen einheitlichen Polizeibeamtenbewegung im Wege stehen könnte, veranlasste ihn zu diesem Schritt.

Die Führung des Verbandes hat nunmehr satzungsgemäss der zweite Vorsitzende, Kriminalkommissar Brebeck übernommen.

SPD. Stuttgart, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die württembergische Staatsregierung hat den Präsidenten des württembergischen Landtags am Mittwoch ersucht, das Landesparlament auf spätestens Dienstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr mit der Tagesordnung: "Neuwahl des Staatspräsidenten" einzuberufen. Das Staatsministerium hält es angesichts des Ergebnisses der Reichstagswahl für ein dringendes politisches Gebot, die Neubildung der Regierung mit grösster Beschleunigung herbeizuführen.

SPD. Aus einem Runderlass des kommissarischen preuss. Innenministers Göring an die staatlichen Polizeibehörden ist zu entnehmen, dass in Kantinen, Wohlfahrtsräumen und Kuranstalten der Polizei und Landjägerei ausgelegt werden dürfen "Zeitungen aller Richtungen mit Ausnahme der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei und mit Ausnahme derjenigen Verbände, die diesen Parteien nahestehen (z.B. Eiserne Front)".

SPD. Dessau, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die anhaltische Presse der Sozialdemokratischen Partei steht seit einigen Tagen unter Vorzensur. In Dessau ereignete sich dabei am Mittwoch ein ergötzlicher Fall. Das sozialdemokratische "Volksblatt" enthielt einen Leitartikel mit der Ueberschrift "Ueber Friedrichs II. Grab", in dem einige nicht der üblichen Hohenzollernlegende entstammende Zitate aus Schriften Friedrichs des Grossen zusammengetragen waren. Diesen Artikel hat der die Zensur in Dessau ausübende ehemalige Militäranwärter und jetzige nationalsozialistische Bürgermeister gestrichen. Im nationalsozialistisch regierten Anhalt darf Friedrich der Grosse nicht zitiert werden.

SPD. Die am Dienstag auf dem Landtagsgebäude gehissten schwarzweissrote und weissgrüne Fahnen sind auf Anordnung des deutschnationalen Landtagspräsidenten Dr. Eckardt wieder eingezogen worden.

SPD. Dresden, 8. März (Eig. Drahtb.)

In der Stadt Freital drangen in der Nacht zum Mittwoch bisher unbekannte Täter in ein Reichsbannerheim ein, wo sie Zerstörungen anrichteten und sich Vorräte aneigneten. In dem Dorfe Bennewitz bei Dresden ist ein Arbeiterheim demoliert worden. Gegen eine Filiale der "Dresdner Volkszeitung" in Dresden-Neustadt wurde ebenfalls ein Anschlag verübt.

SPD. Der Kommissar des Reiches für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, führt in einem Runderlass an alle Polizeibehörden aus, dass Erfolge einzelner Polizeibeamter und kraftvoll durchgeführte Massnahmen einzelner Polizeibehörden gezeigt hätten, was bei voller Hingabe und Anspannung aller Kräfte zur Bekämpfung illegaler kommunistischer Zersetzungsarbeiten erreicht werden könne. "Es kommt in nächster Zeit darauf an", so heisst es in dem Runderlass, "bewusst die stellenweise noch vorhandene Lauheit zu beseitigen. Vor allem muss selbständiger Entschluss, Umsicht und Zähigkeit des einzelnen Polizeibeamten bei der Verfolgung von Spuren bis zur Aufklärung die verdiente Anerkennung finden. Diese soll sich nicht nur in der öffentlichen Belobigung in Tagesbefehlen und Nachrichtenblättern mit Aufnahme in die Personalakten erschöpfen. In geeigneten Fällen sind dienstfreie Tage ausser der Reihe, Sonderurlaub, Geldbelohnungen, bevorzugte Einberufung zu Beförderungslehrgängen und in besonderen Fällen, z.B. wenn eine erhebliche Lebensgefahr vorlag, auch Beförderungen ausser der Reihe, die ich mir im einzelnen Fall vorbehalten, angebracht".

Von den Gemeindepolizeiverwaltungen erwartet Reichsminister Göring in ähnlicher Weise eine zielbewusste Förderung dieses Abwehrkampfes.

SPD. Darmstadt, 8.März (Eig.Drahtb)

Der hessische Landtag tritt am Donnerstag wieder zusammen. Ob bereits in dieser Sitzung die Wahl eines nationalsozialistischen Staatspräsidenten vorgenommen werden kann, hängt von der Haltung der Zentrumsfraktion ab. Wahrscheinlich wird sich ein Teil dieser Fraktion der Stimmen enthalten und dadurch die Wahl eines Nationalsozialisten zum Staatspräsidenten ermöglichen. Die Nationalsozialisten werden den gegenwärtigen Landtagspräsidenten Dr. Werner für das Amt des hessischen Staatspräsidenten vorschlagen.

SPD. Dresden, 8.März (Eig.Drahtb.)

In Sachsen wird das Regierungsproblem wahrscheinlich dadurch gelöst werden, dass der Finanz-, Justiz- und Innenminister zurücktreten und Ministerpräsident Schieck an ihre Stelle Nationalsozialisten oder Deutschnationale zu Ministern ernennt. Ob am Donnerstag die angesagte Landtagssitzung stattfinden wird, ist noch zweifelhaft.

SPD. Die Büroräume der Fraktionen im Reichstag sind mit Ausnahme der kommunistischen zur Benutzung wieder freigegeben worden.

SPD. Breslau, 8.März (Eig.Drahtb.)

Unter der Führung des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Heines erschien im hiesigen Landgerichtsgebäude eine SA-Abteilung, um die Hakenkreuzfahne zu hissen. Der der sozialdemokratischen Partei angehörende Landgerichtspräsident Dr.Zint liess den Nationalsozialisten erklären, er könne zur Hissung einer Parteifahne keine Genehmigung geben. Zint sollte ausserdem vor dem Landgerichtsgebäude erscheinen und dem Flaggenakt beiwohnen. Er verweigerte auch diese Zumutung. Daraufhin holte die SA den Landgerichtspräsidenten gewaltsam auf die Strasse. Als die Hakenkreuzfahne am Mast erschien und mit Heilrufen begrüsst wurde, zwangen SA-Leute den Arm von Dr.Zint zum Hitlergruss. Nach diesem Vorfall beantragte Dr.Zint seine sofortige Beurlaubung, der vom Oberlandesgerichtspräsidenten stattgegeben wurde.

SPD. Bei den Betriebsratswahlen in den Hamburger Elektrizitätswerken erhielten von 960 abgegebenen Stimmen die freien Gewerkschaften 822, die Nationalsozialisten 128; ungültig waren 10 Stimmen.

In der A.G.für Zellstoff- und Papierfabrikation in Aschaffenburg, Werk Heidenau bei Dresden wurden 587 Stimmen abgegeben; davon erhielten die freien Gewerkschaften 513, die Nationalsozialisten 74.

Im Betrieb der Heidenauer Papierfabrik A.G. in Heidenau Bezirk Dresden ist nur die freigewerkschaftliche Liste eingegangen. Eine Wahl fand infolgedessen nicht statt. Die Belegschaft ist 331 Köpfe stark. Dasselbe gilt für den Betrieb der Firma Adolf Fiegel, Seidenpapierfabrik in Pirna-Copitz, Bezirk Dresden, wo der gesamte Arbeiterrat bisher aus RGO-Vertretern bestand. Die Belegschaft ist hier 60 Köpfe stark.

Die Arbeiter stehen, wie man sieht, treu zu den freien Gewerkschaften.

SPD. Breslau, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die blutigen Vorfälle in Breslau haben vier Todesopfer gefordert.

Im Gewerkschaftshaus, das von SA besetzt wurde, ist während der Haussuchung der Sohn des Verwalters von SA-Leuten erschossen worden. Später kam es an der Freiheitsbrücke zu einem Zusammenstoss, wobei ein Arbeiter erstochen wurde. Das dritte Opfer ist ein SA-Mann, der, angeblich durch einen Schuss aus dem Gewerkschaftshaus, tödlich verletzt worden ist. Als er in das Krankenhaus transportiert wurde, überfuhr das Auto eine radfahrende Kontoristin. Sie wurde gegen die Säule eines Feueranmelders geschleudert und war sofort tot.

Über die Bluttaten und deren Folgen ist die Bevölkerung in höchstem Masse erregt und beunruhigt. Aus dem Gewerkschaftshaus wurden sämtliche Akten, Zeitungen und alles Schriftmaterial auf die Strasse geworfen und dann verbrannt. Gewerkschaftsmitglieder, die sich in den umliegenden Strassen stauten, wurden von der SA mit Gummiknüppeln auseinandergelassen. Das Gaubüro des Reichsbanners und das Gebäude der sozialdemokratischen "Volkswacht" sind geschlossen worden. In dem Verlagsgebäude der "Volkswacht" befindet sich eine Polizeiwache von 20 Mann.

SPD. Kassel, 8. März (Eig. Drahtb.)

In Kassel hatte die SA unter Führung des Nazi-Abgeordneten Roland Freisler vorübergehend das Gewerkschaftshaus besetzt. Auf dem Gebäude wurde die Hakenkreuzfahne gehisst. Ausserdem wurden Türen eingeschlagen, Akten, Bücher und das Schriftmaterial zerstreut. Mitgenommene Fahnen wurden öffentlich verbrannt. Der Schaden ist erheblich.

Als der Gewerkschaftsleitung von dem Zug der SA zum Gewerkschaftshaus Mitteilung gemacht worden war, wandte sie sich sofort an die Polizei. Der Polizeipräsident erklärte jedoch nach einer Anfrage und Rundfrage, niemand plane eine Besetzung des Gewerkschaftshaus. Einige Stunden später war sie Tatsache. In Begleitung uniformierter Hilfspolizisten marschierte eine SA-Kolonne zunächst zur Ortskrankenkasse, auf deren Gebäude die Hakenkreuzfahne aufgezogen wurde. Dann ging es zum Gewerkschaftshaus. Die SA-Leute drangen in das Gebäude ein, schlugen die Türen zu den Büros ein und warfen Akten, Papiere und andere Gegenstände auf die Strasse. Vom Balkon des Hauses hielt Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler eine Rede, in der es hiess, dass die SA diese "Zwingsburg" übernehmen werde. Als ein Gewerkschaftsführer unter dem Schutz eines Schupo die SA-Leute zum Verlassen des Gebäudes aufforderte, rückten sie wieder ab. Sie nahmen eine Anzahl Fahnen mit, die sie auf dem Martinsplatz verbrannten. Unter ihnen befanden sich einige alte Handwerkerfahnen von hohem geschichtlichen Wert. Die Büros befanden sich nach der Besetzung in einem tristatigen Zustand. Die wichtigsten Papiere, Kartothekkarten, Mitgliedskarten und Zeitungen lagen, soweit sie nicht zum Fenster hinausgeworfen worden waren, auf dem Boden zerstreut. Auch bei den Zimmern einer im Hause wohnenden Familie waren die Türen zertrümmert. Vertreter der Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei haben eingehende Protokolle aufgenommen. Später drangen etwa 10 SA-Leute in die Wohnung eines Photographen, der die verwüsteten Büros photographiert hat, ein, setzten das Telephon ausser Betrieb und erzwangen die Herausgabe der Platten.

SPD. Köln, 8. März (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch wurden hier auf mehreren öffentlichen Gebäuden und zwei Rheinbrücken Hakenkreuzfahnen gehisst.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer, der mit der Hissung der Fahnen auf dem

Rathaus nicht einverstanden ist, hatte, wie er in einer Vertreterversammlung der Zentrumsparthei erklärte, bei der Regierung und beim Polizeipräsidenten angefragt, ob ihm der Schutz der staatlichen Polizei gewährt würde, wenn er zum Verlangen der Nationalsozialisten Widerstand leiste. Von beiden Stellen sei ihm erwidert worden, dass der Schutz der staatlichen Polizei nicht gewährt werde. Auch auf dem Hauptbahnhof wurde eine Hakenkreuzfahne aufgezo- gen, trotzdem der Bahnhofsvorstand dagegen energischen Einspruch erhob. Die Kölner Reichsbahnverwaltung hat der Hauptverwaltung der Reichsbahn in Berlin von der vollzogenen Tatsache telegraphisch Mitteilung gemacht.

Von der Deutschnationalen Volkspartei wird zu der Flaggenhissung in Köln folgendes mitgeteilt: "Da die Nationalsozialisten es abgelehnt hatten, bei der in Köln vorgenommenen Hissung der Hakenkreuzfahnen auch schwarz-weiss-rot zu flaggen, hat der Bismarck-Bund auf verschiedenen öffentlichen Gebäuden, so auf dem Oberlandesgerichtsgebäude, schwarz-weiss-rote und schwarz-weiße Flaggen gehisst."

In Geldern im Rheinland wurde nach der Hissung von Hakenkreuz- und schwar weiss-roten Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden die schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Marktplatz verbrannt.

SPD. Die Hausse an der Berliner Wertpapierbörse hat sich am Mittwoch aber mals gesteigert. Im Anfang der Börse nahm die Spekulation Gewinne mit und verkaufte. Es zeigte sich aber, dass die Kaufaufträge aus dem breiten Publi- kum durchaus genügten, um den Kursstand zu halten. Demzufolge schloss die Börse fest. Begünstigt waren u.a. Kalipapiere; so stieg Salzetfurth um 6 % auf 192. Der Braukonzern Schultheiss-Patzenhofer konnte den Kurs seiner Papie- re um 7 % steigern. Bei den Bayerischen Motoren ergaben sich Gewinne um 3,5% auf 10. Einen Gewinn von rund 8,5 % erlebten die Papiere von Schubert und Salzer, die neben ihrer Dividende noch eine Sonderdividende (Jubiläumsbonus von 5%) austeilten. Der Rentenmarkt lag ebenfalls freundlich. Das Kursniveau dürfte sich am Mittwoch um durchschnittlich 1 % gesteigert haben.

Wie bei der Reichsbank und bei anderen öffentlichen Gebäuden, z.B. bei verschiedenen Finanzämtern, wurde auch auf der Berliner Börse am Mittwoch die Hakenkreuzfahne gehisst. Während die Flaggenaktion bei der Reichsbank zu Mei- nungsverschiedenheiten und Verhandlungen führte, fanden sich die Börsenbe- sucher schmunzelnd damit ab. Hauptsache ist für sie die Hausse. Davon, dass die Nazis jede Spekulation verbieten wollen, ist heute nichts mehr zu hören.

SPD. Köln, 8.März (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch-Vormittag drangen in das August Bebel-Haus, in dem sich die Geschäftsräume der "Rheinischen Zeitung" befinden, etwa 60 SA-Leute ein. In der Buchhandlung nahmen sie Broschüren, Druckpapier und einige Dekorations- fähnchen an sich. Die Siegesbeute wurde auf der Strasse verbrannt. Später hissten Nationalsozialisten auf dem August Bebel-Haus die Hakenkreuzfahne. Die Polizei erklärte auf Anruf, dass sie gegen die Hissung der Fahne nichts unternehmen werde, jedoch wolle sie das Haus schützen.

In Köln werden die Haussuchungen bei Kommunisten fortgesetzt. Bisher wurden etwa 10 Personen festgenommen.

SPD. Während man sich in Amerika über die Frage einer Verlängerung der Bankfeiertage und über die erforderlichen Massnahmen zur Verteidigung der Dollarwährung noch nicht schlüssig geworden zu sein scheint, hat man wenigstens den Entschluss gefasst, rund 2 Milliarden Dollar neue Banknoten herauszugeben. Um eine Krise der Kaufkraft und Beunruhigung der weiten Bevölkerung zu vermeiden, greift man also in beschränkter Masse zum Notenneudruck, zur Kreditschöpfung und Kreditausweitung, wie wir in Deutschland zu sagen pflegen.

Rückwirkungen auf die Dollarwährung braucht diese Massnahme, wie das deutsche Beispiel im Jahre 1931 zeigt, nicht unbedingt zu haben. Auch wird mit diesen neuen Noten, obwohl sie nicht nach den für die alten Noten geltenden Bestimmungen gedeckt sind, keine doppelte Währung und kein zweifaches Geld schaffen. Die neuen Noten können nicht in Gold umgetauscht werden. Das will aber nichts besagen, da vorläufig auch die alten Noten nicht in Gold verwandelt werden können. Hinsichtlich der Verteidigung des Dollars und des Goldstandards scheint man die Ablieferung von Gold unter Androhung hoher Geldstrafen durchführen zu wollen. Erwogen wird weiter, dass der Staat bis zu einem gewissen Umfang, genannt wird der Satz von 5 %, die Garantie für die Spargelder und Einlagen noch liquider Banken übernimmt.

Im übrigen stehen Steuer- und andere Wolken am Horizont des amerikanischen Wirtschaftslebens. Zunächst will wohl Roosevelt auf eine Vereinfachung der Verwaltung hinarbeiten, die gleichbedeutend mit Beamtenabbau ist. So sollen zahlreiche Behörden zusammengelegt bzw. aufgehoben werden. Auf der Aufhebungsliste stehen u.a. die Schifffahrtsämter und die Bundesfarmämter, Natürlich werden die Abbaumassnahmen durch Steuermassnahmen ergänzt werden müssen.

SPD. Die Attacken der Nationalsozialisten auf verschiedene Gewerkschaftshäuser haben allem Anschein nach zu dem Gerücht geführt, dass die Absicht bestehe, die freien Gewerkschaften in Kürze aufzulösen. Unter diesen Umständen - so wird vor allem den Land- und Forstarbeitern eingeredet - sei es zwecklos, noch Beiträge zu zahlen.

Der Deutsche Landarbeiterverband bemerkt dazu, dass von der erwähnten Absicht den Spitzen der freien Gewerkschaften nicht das Geringste bekannt sei. Gerade jetzt sei die Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft und die pünktliche Entrichtung der Beiträge notwendiger denn je.

Die Arbeiter werden sich noch auf viele ähnliche und vielleicht noch tollere Gerüchte gefasst machen müssen. Man muss es in diesen Tagen mit dem Wort des alten Blücher halten: "Bursche, lass dir nicht verblüffen!"

SPD. Darmstadt, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die hessische Zentrumspartei hat wegen der politischen Vorgänge der letzten Tage an den Reichspräsidenten ein in scharfen Wendungen gehaltenes Schreiben gerichtet, in dem die Bestellung des Polizeikommissars für Hessen als "rechtsunwirksam" erklärt, gegen diese Massnahme schärfste Rechtsverwahrung eingelegt und der Reichspräsident als "Garant der Verfassung" um Abhilfe gebeten wird.

In der Erklärung des hessischen Zentrums heisst es u.a.: Am 6. März sind von Nationalsozialisten in Hessen Unruhen verursacht worden, bei denen die deutsche Reichsflagge öffentlich vor dem Landtagsgebäude verbrannt wurde. Am gleichen Tage wurde auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten "zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" für Hessen ein Polizeikommissar vom Reichsministerium bestellt. Aus den Reihen derjenigen, die die Unruhen verursacht haben, ist eine Hilfspolizei eingesetzt worden. Unter

Wissen und Duldung desbestellten Kommissars sind in ganz Hessen auf den öffentlichen Gebäuden, selbst Gerichtsgebäuden, die dem objektiven Recht zu dienen bestellt sind, ebenso auf Reichsschulhäusern Parteifahnen unter Zwang aufgezogen worden. Die Bestellung des Polizeikommissars für Hessen entspricht daher nicht der Verordnung "zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte".

SPD. Der Verbandsvorstand des Holzarbeiterverbandes wendet sich mit einem kernigen Appell an die Verbandsmitglieder, der an die Gesamtarbeiterschaft gerichtet sein könnte.

In Deutschland, erklärt der Verbandsvorstand, toben politische Kämpfe von unerhörter Heftigkeit. In diesem Toben sind die Gewerkschaften der Fels, auf den die Hoffnungen der Arbeiterschaft gegründet sind. Die Gewerkschaften aufrecht zu erhalten und zu stärken, den inneren Zusammenhalt zu pflegen, die Lauen und Aussenstehenden heranzuholen, das ist nunmehr wichtiger, als es jemals war. Wir richten an alle Mitglieder, an alle Berufsangehörigen den dringenden Appell, sich dieser Aufgabe bewusst zu sein. Es geht um die Verteidigung des Lebensstandards, um die Wiederherstellung menschenwürdiger Existenzbedingungen. Nur durch die gewerkschaftliche Organisation kann die Arbeiterschaft mit Aussicht auf Erfolg diesen Kampf führen. Hinter diesem überragenden Gemeinschaftsinteresse müssen alle politischen und sonstigen Meinungsverschiedenheiten zurücktreten.

Die Reaktion liegt auf der Lauer. Sie möchte die Zeit der politischen Verwirrung, von der sie selbst weiss, dass sie nur vorübergehend sein kann, dazu ausnutzen, auch die sozialen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft zu zertrümmern. Sie wird versuchen, "Vorwände" zu schaffen, um auch die Gewerkschaften lahmlegen zu können. Hütet euch deswegen vor Provokateuren, gleichviel in welcher politischen Maske sie auftreten! Macht den Gegnern das Spiel nicht leicht! Holzarbeiterinnen und Holzarbeiter! Haltet eurem Verband die Treue!

SPD. Der Verband deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere warnt im Hinblick auf die zu Ostern bevorstehenden Schulentlassungen die Eltern dringend, irgendwelche Hoffnungen auf den seemännischen Beruf in der Handelsmarine zu setzen. Er warnt vor allem, auf Schiffe zu gehen, deren Führer ihre Versprechungen nicht halten. Die Handelsflotte habe Schulschiffe und sonstige gute Segelschiffe, auf denen der seemännische Nachwuchs in einwandfreier Weise herangebildet werde - soweit überhaupt ein Bedarf vorhanden sei. Der Bedarf sei aber mit der als feststehend anzusehenden starken Verringerung der Handelsflotte sehr klein geworden, besonders für die Laufbahn vom Schiffsoffizier bis zum Kapitän. Dieser Beruf sei zahlenmässig bereits mit noch nicht 4 000 Mann begrenzt. Bei einem jährlichen Abgang von 4 % könnten im günstigsten Fall 160 junge Leute aussicht auf Fortkommen haben.

In den letzten 12 Jahren, als noch mit einer zunehmenden Handelsflotte gerechnet wurde, erhielten an den staatlichen Seefahrtsschulen 3 450 junge Seeleute nach Aufwendung von Tausenden von Reichsmark und nach einer praktischen Matrosenfahrzeit von fünf Jahren das Befähigungszeugnis zum Schiffsoffizier in der Handelsflotte. Hunderte junger Seeleute wurden wieder entlassen, und heute ist Arbeitslosigkeit ihr hartes Schicksal.

SPD. Stuttgart, 8.März (Eig.Drahtb.)

Von der Absicht der Nationalsozialisten, auf einigen Regierungsgebäuden in Stuttgart für die Dauer von 24 Stunden die Hakenkreuzfahnen aufzuziehen, ist dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz in einem Gespräch, das Abg. v. Jagow mit ihm hatte, vorher Kenntnis gegeben worden. Dr. Bolz hat darauf angeordnet, der Absicht keinen Widerstand entgegenzusetzen, da er Blütvergiessen vermieden wissen wolle, verlangte aber, dass die Fahne auf dem Innenministerium noch am gleichen Abend wieder eingezogen wird. Dem wurde von den Nationalsozialisten zugestimmt. Die Fahnen wurden dann von den Gebäuden des Innenministeriums und Polizeipräsidiiums, sowie vom Turm des Hauptbahnhofs bald wieder entfernt, während sie auf dem Rathaus sowie am Landtagsgebäude unter dem Schutz zurückgelassener SA-Wachen hängen blieben.

Die Leitung der SA hat der Stuttgarter Polizei die Zusicherung gegeben, dass die Zeitungsgebäude in Stuttgart unangetastet bleiben werden.

SPD. Vor dem Gerichtsgebäude in Königsberg versammelte sich eine zum grossen Teil aus Nationalsozialisten bestehende Menschenmenge. Eine Abordnung von SA-Leuten begab sich zu dem Oberstaatsanwalt Kudicke und verlangte die Freilassung des unter dem Verdacht der Mitbeteiligung an den Terrorakten des 1. August vorigen Jahres inhaftierten Schofförs Philipp. Nach längeren Verhandlungen wurde der Haftbefehl gegen Philipp aufgehoben.

SPD. Heilbronn, 8.März (Eig.Drahtb.)

In Heilbronn a.N., wo die Nationalsozialisten auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne hissen wollten, fanden sie das Gebäude verschlossen. Sie stellten daher auf der äusseren Rathautreppe drei Nazifahnen auf. Nachts warfen Nationalsozialisten in dem von einem Sozialdemokraten bewirtschafteten Restaurant Victoria drei grosse Fensterscheiben ein. Ausserdem zertrümmerten sie sämtliche Scheiben eines neben dem Restaurant befindlichen Aushängekastens des "Neckar Echo", Das Gebäude, das der Vereinsdruckerei "Neckar-Echo" gehört, ist schon wiederholt von den Nazis demoliert worden.

In Cannstadt verlangten, offenbar auf Grund einer Denunziation, in eine geschlossene Funktionärsitzung der Sozialdemokratischen Partei 12 Polizeibeamte Einlass. Der leitende Kriminalbeamte erkundigte sich nach dem Zweck der Sitzung und verlangte eine Anwesenheitsliste, die er aber nicht erhielt. Sämtliche etwa 40 Teilnehmer der Sitzung wurden ergebnislos untersucht.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ist in den letzten Tagen bei den zuständigen preussischen Stellen wiederholt gegen die Eigenmächtigkeiten und Brutalitäten von Nationalsozialisten vorstellig geworden. Am Dienstag hat die kommissarische Preussenregierung bei einer neuen Vorstellung durch Ministerialdirektor Landfried erklären lassen, dass sie die Ausschreitungen bedaure, bemüht sein werde, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und isolierte Aktionen zu verhindern. Auf die wiederholte Beschwerde gegen das vierzehntägige Verbot der sozialdemokratischen Presse in Preussen wurde am Dienstag eine Prüfung der Sachlage zugesagt.

SPD. Frankfurt/Main, 8. März (E. Drahtb.)

Am Mittwoch wurde in Frankfurt auf zahlreichen öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne gehisst. Um die Mittagsstunde ging die nationalsozialistische Parteifahne auch auf dem Polizeipräsidium hoch. Der Polizeipräsident, Reichswehrgeneral a. D. von Westrem, der in SA-Uniform erschienen war, hatte einen Teil der Presse zu diesem Akt eingeladen.

SPD. Köln, 8. März (Eig. Drahtb.)

Der Regierungspräsident von Aachen teilt amtlich mit, dass der vor einigen Tagen an der holländischen Grenze verhaftete russische Staatsangehörige an dem Reichstagsbrand nicht beteiligt war.

In einer Wirtschaft in Blankenrath im Hunsrück erschoss der Führer eines Arbeitslagers einen Arbeiter. Zwei Arbeiter wurden ebenfalls von Revolver= schüssen getroffen und verletzt. Der Täter will in Notwehr gehandelt haben.

SPD. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerecke hat in einem Rundschreiben an sämtliche Vorprüfungsstellen für die Bearbeitung der Anträge eine Frist bis zum 20. März gewährt. Von da ab werden ohne Rücksicht auf eine bezirksmässige Aufteilung der Mittel die vorliegenden Anträge bei der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten zur Entscheidung gebracht. Die Säumigen laufen also Gefahr, dass ihre Anträge nicht mehr berücksichtigt werden.

Für die an die Rentenbank-Kreditanstalt gerichteten Anträge ist infolge der Art der Arbeit eine längere Vorbereitungsfrist unvermeidlich, allein auch für sie fordert der Kommissar eine Beschleunigung des Tempos.

SPD. Das Verbot der Zulassung ausländischer Wanderarbeiter bleibt aller Wahrscheinlichkeit nach auch in diesem Jahr bestehen. Der Reichsarbeitsminister vertritt die Ansicht, dass der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften für absehbare Zeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt vollauf gedeckt werden kann. Der zuständige Ausschuss der Reichsanstalt ist der gleichen Auffassung. Wie an zuständiger Stelle verlautet, ist noch für diese Woche mit einer Verordnung zu rechnen, die wie im Vorjahr bis auf weiteres die Zulassung ausländischer Wanderarbeiter untersagt.

SPD. Unterstützungen der öffentlichen Fürsorge werden, wie aus einem Erlass der Reichsanstalt an die Arbeitsämter hervorgeht, nicht mehr auf die Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung angerechnet.

Der Städtetag hatte gegen dieses Verfahren, das sich bei den Arbeitsämtern zum Teil eingebürgert hatte, Einspruch erhoben.

SPD. Der Streik im Berliner Möbeltransportgewerbe dauert noch immer an. Umzüge werden nur dann durchgeführt, wenn die Arbeitgeber sich zur Zahlung der alten Tarifsätze bereit erklären.

SPD. Paris, 8. März (Eig. Drahtb.)

Der Verwaltungsausschuss der sozialistischen Partei hat mit 16 gegen 12 Stimmen beschlossen, zu Ostern einen ausserordentlichen Kongress nach Paris einzuberufen, der sich mit der Spaltung der sozialistischen Fraktion bei der Abstimmung über die Kürzung der Beamtgehälter und den Rücktritt Léon Blums vom Fraktionsvorsitz beschäftigen soll. 12 Mitglieder des rechten Flügels haben gegen diesen Beschluss eine Protestkundgebung veröffentlicht. Sie wünschen, dass der Vorfall zu Pfingsten auf dem ordentlichen Kongress behandelt werden solle.

SPD. In der Nacht zum Mittwoch besetzte SA die Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bei Bernau. Am Mittwoch ist das Gebäude, nach Vorstellungen des Gewerkschaftsführers Grassmann bei Herrn Goering, wieder freigegeben worden.

SPD. Darmstadt, 8. März (Eig. Drahtb.)

In Darmstadt und in den übrigen Städten Hessens sind seit Mittwoch wieder einigermaßen normale Zustände zu verzeichnen. Die mit allen möglichen Waffen versehenen SA-Leute sind aus dem Strassenbild verschwunden. Nur die aus SA und Stahlhelmlenten gebildete Hilfspolizei ist mit Gummiknüppeln ausgerüstet.

In der Nacht zum Mittwoch und am Mittwoch selbst nahmen SA-Leute willkürliche Haussuchungen und Verhaftungen linksgerichteter Beamten vor, die aber von den leitenden Stellen des neuen Regimes wieder rückgängig gemacht wurden. U.a. wurde am Mittwoch vormittag auch der technische Gauleiter des hessischen Reichsbanners Lehrer Rosar von SA-Leuten zum Braunen Haus geführt, dort nach Mitteilung von Augenzeugen misshandelt und dann mit einem Hakenkreuzfähnchen, das man ihm in die Hand zwingt, durch die Hauptstrasse geschleppt. Nach einer Beschwerde des Ortsvorsitzenden der SPD bei den zuständigen Stellen wurde diesem Willkürakt bald ein Ende bereitet.

SPD. Das Berliner Schnellgericht verurteilte am Mittwoch den 22jährigen Arbeiter Rudolf Zimmt und die erwerbslose Arbeiterin Dittrich zu je sechs Wochen Gefängnis wegen Aufforderung zum Generalstreik und zu Gewalttätigkeiten. Zwei Wochen Untersuchungshaft wurden angerechnet. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Bei einer Reichsbannerkundgebung im Lustgarten hatte Zimmt Flugzettel verbreitet, die zur Einheitsfront der Arbeiter und zum Generalstreik aufforderten. Die Arbeiterin Dittrich hatte eine kommunistische Strassenzeitung ähnlichen Inhalts verbreitet. Die Frage einer hochverräterischen Handlung wurde vom Gericht verneint, gemäss der Ansicht des Oberreichsanwalts, dem die vorliegenden Fälle zur vorherigen Prüfung unterbreitet worden waren. Die Urteilsbegründung stützt sich auf eine Verordnung des Reichspräsidenten aus dem Jahre 1920, die bei einem vorangegangenen Generalstreik die Lahmlegung lebenswichtiger Betriebe verbot. Nach Ansicht des Gerichts hat die Propagandierung eines Massenstreiks nur einen Sinn, wenn lebenswichtige Betriebe, wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, ebenfalls lahmgelegt werden sollen. Das Reichsgericht hat im Jahre 1924 festgestellt, dass diese Verordnung von

unbeschränkter Geltungsdauer sei. Dagegen hat das Gericht eine Verurteilung aufgrund der neuen Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten nicht ausgesprochen.

SPD. Paris, 8. März (Eig. Drahtb.)

Das französische Kabinett hat am Mittwoch auf den Vorschlag des Aussenministers einen umfangreichen Diplomatenschub beschlossen. Unter Zustimmung der betreffenden Regierungen ist der zweite Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay de Laboulaye zum Botschafter in Washington ernannt und der bisherige Inhaber dieses Postens, Claudel, nach Brüssel versetzt worden. Der jetzige Brüsseler Botschafter Corbin ist zum Botschafter in London, der Gesandte in Irland, Alphand, zum Botschafter in Moskau ernannt worden. Die gegenwärtigen Botschafter in London und Moskau werden in den Ruhestand versetzt.

SPD. Der bekannte Erfurter Schuhkonzern L. Hess hat seine Zahlungen eingestellt. Das Unternehmen, das einen hervorragenden Qualitätsschuh produziert, war mit seinem Absatz besonders auf die nordischen Länder angewiesen. Infolge des neuen Kurses in unserer Handelspolitik hat aber das Exportgeschäft bei Hess derartige Rückschläge erlitten, dass die Zahlungseinstellung unvermeidlich wurde.

SPD. In Oberhausen setzten die Nationalsozialisten die Schliessung der Einheitspreis-Geschäfte durch. In Essen beeinträchtigten Nationalsozialisten ebenfalls den Geschäftsbetrieb in den Einheitspreisgeschäften und in den Warenhäusern. Die Käufer wurden durch Posten aufgefordert in diesen Geschäften nicht zu kaufen. Vor den Geschäftslokalen sammelten sich grosse Menschenmassen sodass die Firmen schliesslich gezwungen waren, ihre Läden zu schliessen.

SPD. Hamburg, 8. März (Eig. Drahtb.)

In Hamburg wurde am Mittwoch ein neuer Senat gewählt. Die sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Die Kommunisten waren zu der Sitzung nicht erschienen.

Bürgermeister wurde der nationalsozialistische Kaufmann und Patrizier Krogmann, der in SA-Uniform seine Antrittsrede hielt. Polizei, Justiz, Wohlfahrt, Universität sowie Handel und Gewerbe liegen in den Händen von Nationalsozialisten, die insgesamt sechs Senatssitze erhielten. Stahlhelm und Deutschnationale stellen je zwei Senatoren. Die Deutsche Volkspartei erhielt den Posten des zweiten Bürgermeisters. Die Finanzen verwaltet künftig der Staatspartei Dr. Metthaei. Die Staatspartei erklärt, dass er das Amt gegen ihren Willen angenommen habe.

SPD. Wien, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die österreichische Regierung hat am Mittwoch eine Notverordnung erlassen die Versammlungen und Aufmärsche unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen verbietet. Zeitungen, die sich der Regierung missliebige gemacht haben, können nach dieser Verordnung unter Vorzensur gestellt werden. Ausserdem

können drakonische Strafen gegen Personen verhängt werden, die es wagen die österreichische Regierung, ihre Mitglieder oder Regierungsmitglieder eines anderen Staates anzugreifen.

Der Vorstand der österreichischen Sozialdemokratie hat zu dem jüngsten Vorfall einen Aufruf erlassen, in dem es heisst: Die Republik, die Freiheitsrechte des Volkes, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter sind inschwere Gefahr geraten. Der Faschismus bedroht unsere Rechte. Die Regierung will die Demission der sozialdemokratischen Nationalratspräsidenten als Vorwand benutzen, um das Parlament auszuschalten und ohne Volksvertretung diktatorisch zu regieren. Die Vertreter einer Minderheit des Volkes massen sich eine schrankenlose unkontrollierte Diktatur über das ganze Volk an. Die Volksvertretung soll ausgeschaltet bleiben. Anstelle der von ihr beschlossenen Gesetze sollen Verordnungen der Regierung treten. Unsere Partei will zunächst alle verfassungsmässigen Mittel anwenden, um die Diktaturgelüste der Regierungsparteien abzuwehren. Sollte es aber nicht gelingen, uns den bedrohten parlamentarischen Kampfboden in Kürze wiederzugewinnen, dann werden wir nicht mehr im Parlament für euch kämpfen können. Dann werdet ihr selbst die Verfassung der Republik verteidigen müssen. Sollte es uns durch Knebelung des Wortes unmöglich gemacht werden, euch zu raten und zu führen, dann werdet ihr aus eigener Initiative Recht, Gesetz und Freiheit verteidigen. Freiheitsliebende Männer und Frauen werden sich nicht einer Diktatur unterwerfen. Wir sind freie Bürger der Republik. Wir wollen keine rechtlosen Untertanen werden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat ferner eine ganze Reihe von Massnahmen ausgearbeitet, die die Absichten der Regierung zum Scheitern bringen sollen. U.a. wurde die Einberufung der Landtage veranlasst, in denen die Regierung in der Minderheit ist.

SPD. Das Berliner "8 Uhr-Abendblatt" ist auf eine Woche verboten worden. Der Berliner Polizeipräsident hat das Verbot der "Roten Fahne", das auf vier Wochen lautete, um sechs Monate, bis zum 25. August, verlängert. Die Mittwoch-Ausgabe des Dortmunder Zentrumsblattes "Tremonia" wurde beschlagnahmt.

SPD. Köln, 8. März (Eig. Drahtb.)

Im Rheinland betrug nach dem Bericht des Landesarbeitsamts am 28. Februar die Zahl der Arbeitssuchenden 758 000 gegen 714 000 am 1. November des vergangenen Jahres. In der zweiten Februarhälfte war die Arbeitslosenzahl um 3 700 zurückgegangen, wozu der Karneval im Rheinland nicht unerheblich beigetragen hat.

In der Metallindustrie ist infolge der Anullierung von Russenaufträgen ein Absinken des Auftragsbestandes zu beobachten. Der Beschäftigungsgrad der Metallindustrie hat sich jedoch infolge der Aufträge der öffentlichen Hand im wesentlichen gehalten.

In der Textilindustrie besteht sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft starke Zurückhaltung der Käufer; eine Entlastung ist trotz des Saisonbeginns bis jetzt kaum zu spüren.

SPD. Das Karl Liebknecht-Haus in Berlin, der Sitz der kommunistischen Parteizentrale, ist am Mittwoch in den Dienst der Polizei gestellt worden.

Amtlich wird dazu mitgeteilt: "Auf Grund der Verordnung zum Schutze von

Volk und Staat vom 28. Februar werden die Räume des Karl Liebknecht-Hauses, der bisherigen Hochburg der KPD, mit dem darin befindlichen Inventar der Verfügungsgewalt des preussischen Staates unterstellt. Die Räume werden der politischen Polizei, und zwar ihrer neu gegründeten Abteilung zur Bekämpfung des Bolschewismus zur Verfügung gestellt."

Am Mittwoch-Nachmittag wurden auf dem Karl Liebknecht-Haus die Hakenkreuzfahne und die schwarzweissrote Fahne gehisst.

SPD. London, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die japanische Regierung hat den bereits in Genf angekündigten Austritt Japans aus dem Völkerbund gebilligt. Formell bedarf es noch der Zustimmung des Kaisers und des Geheimen Rates. Die offizielle Austrittserklärung soll dem Völkerbund am 20. März überreicht werden.

Gemäss den Satzungen des Völkerbundes muss Japan eine zweijährige Kündigungsfrist einhalten und seine Völkerbundsbeiträge bis zum Jahre 1935 entrichten. In der Zwischenzeit bleibt es trotz der Austrittserklärung Völkerbundmitglied mit allen Pflichten und Rechten. Diese unter Umständen wichtige Bestimmung verschwindet jedoch heute hinter der Tatsache der Austrittserklärung, mit der sich Japan aller juristischen Völkerbundsfesseln gegenüber China entledigt.

SPD. Breslau, 8. März (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit den Zusammenstössen im Breslauer Gewerkschaftshaus wurden im Laufe des Mittwoch zahlreiche Mitglieder der Eisernen Front festgenommen. Darunter Stadtrat Rasch, der Verwalter des Gewerkschaftshauses Philipp und mehrere Gewerkschaftsangestellte. Die Festgenommenen wurden ins Polizeigefängnis eingeliefert. Um die Mittagsstunde belief sich die Zahl der Verhafteten auf 30. Es ist von keiner amtlichen Stelle zu erfahren, ob seitdem weitere Personen festgenommen wurden.

Die Aktion der SA wird von dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Heines geleitet. Im Gewerkschaftshaus, auf dem seit Mittwoch zwei grosse Hakenkreuzfahnen wehen, wurden sämtliche Büros von Polizei und SA durchsucht. Zahlreiche Türen und Schränke wurden erbrochen. Die SA-Leute schleppten aus sämtlichen Büros Akten und sonstiges Material auf die Strasse und verbrannten es dort. In den späten Abendstunden wurde vor dem Gewerkschaftshaus auch Inventar verbrannt. Heines erklärte Pressevertretern, die Zerstörung von Schränken und Türen sei nur erfolgt, weil man dahinter bewaffnete Gegner oder illegales Material vermutet habe. Ferner erklärte er, dass die SA das Haus für immer besetzt halten werde.

Die bisherigen Insassen des Gewerkschaftshauses mussten das Gebäude am Mittwoch räumen. Die Einzelbewohner mussten ihre Wohnungen aufgeben.

er hinunter, seine Schwächlichkeit verwünschend und an allem verzweifelnd. Da fesselte plötzlich seinen Blick etwas Weisses ganz unten auf der Stufe - ein in Papier gewickeltes, knusprig braun gebratenes, herrlich duftendes Hühnchen!

Niemals in seinem Leben hatte Gustav ein Haus mit solcher Schnelligkeit verlassen! In Nullkommanull war er um die Ecke...und gerettet! Ja, Pech muss man haben!

Marim.

Die unvollendete Symphonie.^x

SPD. In dem kleinen Wiener Café herrschte Hochbetrieb. Das war nichts Ungewöhnliches, denn die Musiker und Sänger und ein Teil der Theaterbesucher pflögten nach Schluss der Oper hier noch eine Erfrischung zu sich zu nehmen und im Freundeskreis über die Vorstellung zu plaudern.

Besonders lebhaft ging es an dem runden Tisch in der Ecke zu, der dem Eingange gegenüber stand. Hier sass der beliebte Wiener Hofkapellmeister Johann Herbeck inmitten von Kollegen, Verehrern und Freunden, und es galt als besondere Auszeichnung, in diesen Kreis aufgenommen zu werden und an seinen musikalischen Gesprächen teilnehmen zu dürfen.

Auch an diesem Abend war die Unterhaltung ungemein angeregt. Nur der Kapellmeister selbst war schweigsam und in sich gekehrt. Selten wechselte er einige kurze Worte mit seinen Nachbarn. Erst als sich die Tür des Lokals öffnete und ein hochgewachsener älterer Herr hereintrat, gewann Herbeck seine ihr sonst eigene Lebhaftigkeit zurück. Temperamentvoll zog er den Neuangekommenen neben sich nieder. "Ich dachte schon, Sie lassen mich elend im Stich!" sagte er halblaut, während das fröhliche Gespräch um ihn weitersummt. "Und dabei denk' ich schon den ganzen Abend an nichts andres als an Ihr Versprechen!" Sein Nachbar sah mit leichter Verlegenheit vor sich nieder. "Versprochen hab' ich's, aber ob ich's halten kann!" meinte er zögernd. "Wir wissen ja beide, wie der Franzel Schubert seine schönsten Sachen herumgeschmissen und verschenkt hat. Da gehört schon eine besondere Spürnase dazu, die wiederzufinden!" Der Andre schüttelte unwillig den Kopf. Dann legte er seinem Nachbarn den Arm auf die Schulter. "Hüttenbrenner!" sagte er vorwurfsvoll, "ist's nicht eine Ehrenpflicht, die wir uns vorgenommen haben? Haben Sie nicht nach unserm letzten Schubert-Abend gesagt, eine Sünd' und Schand' wär's, dass sich keiner um die Werke vom Schubert kümmert und man sie irgendwo vermodern lässt?" Der also Bedrängte biss sich auf die Lippen. Dann ergriff er mit plötzlichem Entschluss die beiden Hände des Kapellmeisters. "Recht haben S', tausendmal recht!" sagte er freimütig. "Ein schlapper alter Kerl bin ich, dass ich mich lang' bitten lass', anstatt endlich mit der Sprach' herauszukommen!" Und er beugte sich ganz zu seinem Nachbarn hinüber und flüsterte ihm einige Worte ins Ohr.

Die ganze Tafelrunde hielt erschreckt in der Unterhaltung inne, als der Kapellmeister plötzlich aufsprang und einen durchdringenden Jodler ausstieß. "Unser Hüttenbrenner soll leben", schrie er und winkte der Kellnerin. "Heut' geht alles auf meine Rechnung! Zuerst aber" - und nun wurde sein Gesicht plötzlich ernst - "bitt' ich Euch alle, mit mir ein Glas zur Erinnerung an unsern Franzel Schubert zu leeren - -"

Wenige Tage später stapfte ein Wanderer durch das steiermärkische Dorf Ober-Andritz bei Graz. Es war ein herrlicher, sonniger Tag, und der Wanderer sang vor sich hin und schwenkte seinen Bergstock, dass die Hühner erschreckt das Weite suchten. "Können S' mir sagen, wo der Herr Kapellmeister Anselm

Hüttenbrenner wohnt?" wandte er sich an einen alten Bauern, der auf der Bank vor seinem Hause in der Sonne sass. Der Bauer öffnete den zahnlosen Mund und behielt ihn einige Sekunden offen, ohne etwas zu erwidern. Dann deutete er mit dem gichtgekrümmten Finger in die Höhe. "Gehen S' hier aufi," sagte er. "Der Herr Hüttenbrenner wird dahoam sein - -"

Der Wanderer setzte sich wieder in Trab und stand kurz darauf vor einem sehr bescheidenen, kleinen Hause, das ziemlich vernachlässigt aussah. Aufatmend hielt er einen Augenblick inne, bevor er die Haustür öffnete. Dann trat er entschlossen ein. Dämmerndes Halbdunkel umfing ihn. Eine Holzstiege führte nach oben. Unschlüssig stand der Fremde und versuchte, sich zurechtzufinden. Zur Linken befand sich eine Tür, die sich jedoch als verschlossen erwies. Da tappte der Besucher endlich unsicher die steile Treppe empor und stand nun vor einer zweiten Tür, an der ein kleines Schild angebracht war. "Anselm Hüttenbrenner", entzifferte er mühsam. Dann klopfte er einmal, zweimal, schliesslich ein drittes Mal. Aber niemand öffnete. Und doch schien ihm, als ob sich hinter der Tür etwas regte und ein Auge durch das Guckloch spähte. Da klopfte er entschlossen weiter, bis sich schliesslich die Tür halb öffnete und das mürrische Gesicht eines alten Mannes sehen liess. Der Fremde machte eine tadellose Verbeugung. "Bitte um Verzeihung, wenn ich störe!" sagt er höflich. "Aber ich soll einen schönen Gruss bestellen vom Herrn Bruder in Wien, und eine Symphonie oder ein Quartett vom Herrn Komponisten Anselm Hüttenbrenner möcht' ich zu gern aufführen in meinem nächsten Konzert!" Und mit nochmaliger Verbeugung, sich vorstellend: "Johann Herbeck, Hofkapellmeister."

Das misstrauische, unfreundliche Gesicht des Alten veränderte sich so jäh, als wenn mitten im trüben Gewitterregen plötzlich die Sonne durchbricht. Eifrig streckte er dem Besucher die Hand entgegen und zog ihn ins Zimmer. Nach einigen Begrüssungsworten deutete er auf die Notenstösse, die überall im Raume herumlagen. "Das Meiste hab' ich selbst komponiert," sagte er bitter, "aber wer will 's hören? Meinen Spatzen da draussen kann ich meine Ouvertüren und die Messen und die Männerquartette und Lieder vorpfeifen..."

Der Kapellmeister ergriff einige Notenhefte und blättertete. "Glück muss der Mensch haben," lachte er. "Da brauch' ich garnicht lang' zu suchen und Ihre Zeit in Anspruch zu nehmen, verehrter Meister! Ich hab' schon gefunden, was ich brauch'!" Er summtete einige Takte vor sich hin. "Sehr schön! Das ist das Richtige für meine Wiener! - Aber jetzt hab' ich auch noch eine Bitte! Haben Sie unter Ihren Sachen nicht vielleicht noch irgendwas vom Schubert? Vierzig Jahre tot ist er schon bald, aber seine schönsten Sachen sollen noch verstreut herumliegen! Ich möcht' nämlich Ihr Werk zu gern mit einem Werk vom Franzel zusammen aufführen!"

Hüttenbrenner zögerte einen Augenblick. Dann hob er Stoss um Stoss von Noten hoch und reichte dem Kapellmeister endlich ein vergilbtes, verschmutztes Heft. "Eine Symphonie," sagte er langsam. "Der Schubert hat sie nie vollendet, und so hat sie nur zwei Sätze. Aber sie ist seiner wert. Er hat sie einmal dem Steiermärkischen Musikverein geschenkt, dessen Dirigent ich war."

Mit bebenden Händen öffnete Herbeck die Partitur. "Symphonie in h-moll von Franz Schubert", las er. Schweigend blättertete er Seite um Seite. Er hatte Mühe, seine tiefe Bewegung zu verbergen. Endlich stand er auf und reichte dem vor ihm Stehenden die Hand. "Sie werden von mir hören, Herr Hüttenbrenner," sagte er Abschied nehmend. "Sie haben mir einen grossen Dienst erwiesen". - "Nicht nur mir, sondern der ganzen Menschheit", ergänzte er bei sich selbst, als er mit wankenden Knien die Holzstiege hinabstieg. Er hatte ein Meisterwerk gefunden, einen musikalischen Schatz, den ihm kein Gold der Erde aufwiegen konnte.

Das Konzert, das die Namen Hüttenbrenner und Schubert aufwies, war überfüllt. Hüttenbrenners Werk errang einen freundlichen Erfolg. Die H-moll-Symphonie von Schubert aber, die unsterbliche Unvollendete, sang sich in die Seelen

ihrer Zuhörer hinein, um nie mehr zu verstummen. Eine Generation reichte sie der andern weiter, als Geschenk der ewigen Kunst an die irrende, leidende, im Dunkel sich dahintastende Menschheit, den letzten Gruss eines Verklärten an seine Brüder, die noch auf Wanderschaft sind. -

Else Möbus.

Das Nicolai-Haus.^x

SPD. In der Brüderstrasse in Berlin, die, nach Norden vom Stadtschloss, nach Süden von der Petrikirche abgeschlossen, sanft gekrümmt, eine der ganz wenigen architektonisch befriedigenden Strassen der modernen Reichshauptstadt geblieben ist, wohnte, ebenso wie in der ihr parallel laufenden "Breiten Strasse", im 18. Jahrhundert und tief bis ins 19. hinein das wohlhabende Berliner Bürgertum. Wie Inseln in der allgemeinen Erneuerungs- und Spekulationswut des späteren 19. Jahrhunderts haben sich dort noch einige stattliche alte Patrierhäuser erhalten, die einen Begriff geben von der Wohnungskultur in friderizianischer Zeit. Es sind neben dem beinahe schon fürstlichen Ephraim-Palais am Molkenmarkt, von Friedrichs Hofbankier aus den Summen erbaut, die ihm der Siebenjährige Krieg abwarf, das kürzlich der Öffentlichkeit übergebene "Ermeler-Haus" und die ehemalige Nicolaische Buchhandlung.

Hatte im alten Marstallgebäude in der "Breiten Strasse" die Königliche Akademie der Künste ihr Heim aufgeschlagen, so beherbergte die nach einem mittelalterlichen Franziskaner- oder "Schwarzen Brüder"-Kloster benannte "Brüderstrasse" eine, und zwar die vornehmere, der beiden Berliner Zeitungen von damals, die "Vossische". Nur wenige Schritte davon entfernt schrieb Wilhelm Raabe 1859 seine "Chronik der Sperlingsgasse". In einem schlichten Eckhause, das nur durch einige in Rundnischen untergebrachte antike Büsten auffällt, wohnte seinerzeit der Architekt und Bildhauer Andreas Schlüter. Aber auch Daniel Chodowiecki, der treueste Schilderer des Berliner Rokoko, der geniale Schauspieler Ludwig Devrient, E.T.A. Hoffmanns Zechgenosse bei Lutter und Wegner, und der Komponist Albert Lortzing gehörten zu den Anwohnern. Für das Renomme der Strasse sorgten schon allein die beiden feinsten Gasthöfe der Residenz: "Zur Stadt Paris" und "Zum König von England".

Im Gegensatz zum Ermeler-Hause, das in der Biedermeierzeit einem wenig glücklichen Umbau unterzogen wurde, ist das Nicolai-Haus so erhalten geblieben wie es sein Besitzer im Jahre 1787, nachdem er es um 32 500 Taler erworben, hat einrichten lassen. Der "Buchhalter", d.h. Verleger und Buchhändler Friedrich Nicolai muss also damals ein recht vermöglicher Mann gewesen sein. Ein Bürgerhaus mit sieben Fenstern Front war bei der damaligen, durch den Festungscharakter der Städte bedingten Raumknappheit schon ungewöhnlich stattlich. Die Fassade, wie alle Ziegelbauten jener Zeit hell verputzt, ist durch drei schmal Vorsprünge hübsch gegliedert. Ueber dem zweiten Stockwerk erhebt sich, durch ein geschmackvolles Gesims getrennt, das steile Mansardendach. Es ist eins jener Häuser, denen man auf Chodowieckis Kupfern auf Schritt und Tritt begegnet. Der Hof ist eine neue Ueberraschung: er ist von zwei Seitenflügeln, einem ein- und einem zweigeschossigen, und einem zweigeschossigen Querbau eingerahmt. Ueberall ist reinlicher Putzbau mit Rebenspalieren: sogar die inzwischen überflüssig gewordenen Verbindungsgalerien, die Korridore ersetzen mussten, sind heute noch zu sehen. Ein Fliederboskett und die alte hölzerne Pumpe in der Mitte, und hinter dem Quergebäude der Garten mit dem mächtigen Nussbaum unter dem Theodor Körner Gedichte machte: wahrhaftig, da ist alles geblieben wie einst.

Seine Glanzzeit freilich hatte dieses Haus, als es 1710 für den Generalkriegskommissar von Blaspiel umgebaut wurde. Damals wurde das um die Mitte

des 17. Jahrhunderts errichtete einstöckige Wohnhaus um ein Stockwerk erhöht und durch die Hofbauten erweitert; das Hinterhaus enthielt nichts als einen hohen, geräumigen Festsaal. Der machte dann bescheideneren Räumen Platz, als Nicolai einzog, dem es vor allem auf Lager- und Geschäftszimmer ankam. Der Maurermeister, der ihm den Umbau mit behutsamer Hand besorgte, war niemand anders als der innige Freund Goethes in späteren Jahren, der Komponist und Leiter der Singakademie, Friedrich Zelter. Der Umbau des Nicolai-Hauses ist sein Gesellenstück gewesen. Besonders schwierig dürfte die Umgestaltung des einen Festsaales im Quergebäude gewesen sein: Zelter hat dabei nicht weniger als drei kleine Säle und 14 Zimmer herausgeholt. An den "Generalkriegskommis-sar" erinnert lediglich noch das auffallend reich geschnitzte Treppengeländer des Vorderhauses.

Wie schade, dass von der inneren Einrichtung nichts, aber auch gar nichts auf uns gekommen ist! Man muss sie sich ähnlich gediegen und prächtig vorstellen wie im Ermeler-Hause. Nicolai hielt ebenso wie Herr Ermeler ein offenes Haus und pflegte Donnerstags alles, was in Literatur, Kunst und Musik einen Namen hatte, bei sich zu versammeln. Dafür standen ihm im ersten Stock genügend Räume zur Verfügung. Im zweiten konnte er seine Gäste einquartieren. Die geistige Geselligkeit blieb auch, als Nicolai 1811 starb und sein Schwiegersohn und Geschäftsnachfolger Friedrich Parthey in das Haus einzog. Die Napoleonischen Kriege zwangen zu Einschränkungen: das Obergeschoss wurde also vermietet, und zwar zuerst an Elisa von der Recke und ihren Freund, den Dichter Christoph August Tiedge, dann, als beide nach Dresden verzogen, an die Eltern Theodor Körners, die schon in früheren Jahren hier zu Besuch gewillt hatten. Der sächsische Hofrat Gottfried Körner, Schillers bester Freund, wurde 1815 ins Preussische Kultusministerium übernommen. Er hat mit Frau und Schwägerin bis 1828 hier gewohnt und ist erst achtzehn Jahre nach seinem Sohne gestorben.

Im Jahre 1891 ist dann die Nicolaische Buchhandlung ausgezogen. 1910 wurden die Erdgeschossräume auf Betreiben des Gelehrten Georg Richard Kruse, der 1905 im Lessinghause Am Königsgraben zur Erinnerung an den zehnjährigen, allerdings dreimal unterbrochenen, Aufenthalt des Dichters in Berlin ein Lessingmuseum eingerichtet hatte, für dieses Lessingmuseum verwendet, und als 1913 der erste Stock frei wurde, auch dieses Obergeschoss. Sogar die Donnerstagsgesellschaften wurden neu belebt: jede Woche werden Vorträge, Konzerte oder Theateraufführungen in den Räumen veranstaltet, in denen einst Nicolais Freund, der Dichter der "Minna von Barnhelm", ein- und ausgegangen ist. Aber es scheint, dass der Unstern, der Lessing zu seinen Lebzeiten - nicht zum wenigsten durch die Schuld des "grossen" Königs - in Berlin verfolgt hat, auch über seiner bescheidenen Erinnerungsstätte steht. Das Museum Am Königsgraben wurde heimatlos, als das historische Haus abgebrochen wurde. Im Nicolai-Hause droht etwas anderes: die Exmission. Der auf ein Viertel herabgesetzte Zuschuss der Stadt Berlin deckt nicht entfernt die Miete, das Kultusministerium tut überhaupt nichts, und selbst ein Gesuch um Stundung der Mietzinssteuer ist abschlägig beschieden....

Hermann Hieber.

Unbekanntes von Marx.^x

IV.

London, 30. November 1867.

Lieber Schily,

Ich habe gleich nach Empfang Deines Briefes an Meissner geschrieben, dass er Dir für Reclus eine Copy des Buches (des "Kapital".D.Red.) zuschickt. R. scheint mir der richtige Mann als französischer Uebersetzer unter deutscher Kooperation. Bei einer Uebersetzung würde ich gewisse Änderungen ein-

zelner Teilangaben und mir zugleich die letzte Revision vorbehalten.

Was zunächst geschehen müsste, und sobald als möglich, wäre, Sachen aus dem Buch in den Courrier Francais zu bringen. Ich sehe nicht, warum Hess hierzu irgendeine dritte Person zu aggregieren hätte. Er macht das am besten allein. Auch scheint mir das von ihm ins Auge gefasste Thema über die englische Fabrikgesetzgebung das passendste zur Einführung. Jedoch kann selbst das nicht geschehen, ohne ein paar einleitende Worte über die Werttheorie, da Proudhon hierüber die Köpfe ganz verwirrt hat. Sie glauben, eine Ware werde zu ihrem Wert verkauft, wenn sie zu ihrem prix de revient-Preis der Produktionsmittel, die in ihr verzehrt sind, plus Arbeitslohn (respektive Preis der den Produktionsmitteln zugefügten Arbeit) verkauft werde. Sie sehen nicht, dass die unbezahlte Arbeit, die in der Ware steckt, ein ebenso wesentliches wertbildendes Element ist, wie die bezahlte, und dass dies Wertelement jetzt die Form des Profits etc. annimmt. Sie wissen überhaupt nicht, was Arbeitslohn ist. Ohne Einsicht in die Natur des Werts haben die Entwicklungen über Arbeitstag, kurz die Fabrikgesetze, keine Basis. Ein paar Worte hierüber müssten also einleitend gesagt werden.

Mein Buchhändler ist mit dem Vertrieb in Deutschland zufrieden. Das Pack der Liberalen und Vulgärökonomien sucht natürlich soviel ... (?) durch conspiration de silence (Totschweigen.D.Red.), ihr altes probates Mittel, zu schaden. Doch wird ihnen es diesmal nicht gelingen.

Ich lege Dir hier eine copy Liebknechts bei. Du ersiehst aus der Rückseite dass er in diesen Wochen ein eigenes Wochenblättchen herausgeben wird. Ich bin beauftragt, Dich aufzufordern, von Paris aus mitzuwirken. (Seine Adresse li, Braunstrasse, Mr. Miller) Ich habe ihm den Kopf gewaschen wegen der Phrase über die "soziale Frage" (im Nachtrag) und dito seine Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass er in der Polemik gegen Bismarck das süddeutsche Unkritische vermeiden muss. Was ihn selbst schon stutzig hätte machen sollen, ist der Umstand, dass Jacobus Venedey sein Bewunderer geworden ist.

Mit alledem hat Liebknecht durch sein kühnes Auftreten im Reichstag wohlthätig gewirkt.

Die ganze Familie grüsst Dich aufs herzlichste.

Dein

A. Williams. (Pseudonym von Karl Marx.D.Red.)

Die Bewegung marschirt hier!

(Fortsetzung folgt.)

SPD. Vögelschicksale in Australien.^x Eine gewaltige, abnorme Hitze hat im vergangenen Jahre viele Wochen lang Zentral- und Südaustralien heimgesucht. Die Folge dieses geradezu katastrophalen Ereignisses war ein ungeheures Vogelsterben, wie es in dieser Masse wohl kaum bisher beobachtet worden ist. Tauben, Krähen, Papageien, Sittiche und verschiedene Raubvögel suchten in gewaltigen Mengen unter Dächern, Eisenbahnzügen und Haustoren vor den sengenden Sonnenstrahlen Schutz, wobei die durch die Hitze gepeinigten Vögel nicht die geringste Scheu vor den Menschen zeigten. Sie gingen dabei massenweise zugrunde und füllten oft in dicker Schicht grosse und kleine Wasserbehälter, aus denen sie nicht mehr herauskommen konnten. Durch die Verwesungsgerüche der Tiere mussten besondere Massnahmen zum Schutze der Menschen ergriffen werden. Wie der Forscher H.H. Finlayson kürzlich berichtete, wurden z.B. unter einer Veranda während eines einzigen Nachmittags so viele tote Wellensittiche aufgefunden, dass ein Fass von nahezu 2 Hektolitern Rauminhalt nicht ausreichte, um die kleinen Vogelleichen darin wegzuschaffen.

"Da wollen wir wenigstens einmal sehen, ob wir Fingerabdrücke finden!" Ich führte die Beamten ins Wohnzimmer. "Hier, durch das nur angelehnt gewesene Fenster muss er eingekrochen sein!" Der Beamte vom Erkennungsdienst fand aber nirgends eine Spur. Ich atmete erleichtert auf.

"Morgen darf ich dann wohl um Ihren Besuch bitten, damit wir ein Protokoll und die Kennzeichen des Verbrechens aufnehmen." Dann schieden sie.

"Und deinen Freund, den Einbrecher, hast du dann natürlich mit einer Tasse Kaffee und einem guten Butterbrot heimgeschickt!" spottete ich. "Nur weiss ich noch nicht, was dies alles mit dem schwarzen Eichhörnchen zu tun hat."

"Das fand ich wenige Tage später in einem Kästchen, das mir ein Unbekannter auf die offene Veranda gestellt hatte. Und mit ungelassenen Buchstaben stand darauf: Danke! - Weiter nichts."

"Und du glaubst nun wirklich, in jener Nacht eine moralische Tat begangen zu haben," zweifelte ich.

"Moralisch," überlegte mein Freund, "das weiss ich nicht. Es ist auch wohl nicht angebracht, alle unsere Handlungen nach einer Moral oder Unmoral oder nach sonst irgend einem Gesichtspunkte wertbestimmend abzuwägen; alle Masse sind wandelbar; aber ich meine, ich hätte erkenntnis- und gefühlsmässig recht und logisch gehandelt; und das genügt mir eigentlich. Und gibt nicht das kleine Wörtlein "Danke" mir vollkommen recht?"

Wilhelm Lennemann.

Was ist ein Tanzbein wert?^x

SPD. Gemeint ist nicht das Bein eines der grossen Sterne am Himmel der Tanzkunst, sondern nur das Bein einer kleinen Ballettelevin, die an einem deutschen Theater angestellt war. Die Tänzerin verletzte sich eines Morgens bei der Uebung. Es war eine kleine, unbedeutende Verletzung, die die Tänzerin nicht hinderte, Abends in der Vorstellung aufzutreten. Sie musste allerdings das Bein schminken. Die mangelhaften Einrichtungen des Theaters erlaubten ihr aber nicht, nach dem Auftreten das Bein mit der nötigen Sorgfalt abzuschminken, und das wurde ihr Verhängnis. Die Wunde wurde dadurch schlimmer. Die Tänzerin musste ins Krankenhaus, und die Ärzte stellten fest: nur eine Beinamputation konnte der kleinen Tänzerin das Leben retten.

Das Theater bot eine Entschädigung, ganze 1100 Mark. Für eine vernichtet Existenz. Die kleine Tänzerin war damit nicht einverstanden. So kam es zum Prozess. Das Gericht bewertete das verlorene Bein, die verlorene Existenz, die verlorene Möglichkeit einer künstlerischen Zukunft erheblich höher. Man sprach der Klägerin über 6000 Mark einmalige Entschädigung zu und eine monatliche Rente von 60 Mark bis zum Jahre 1962.

Und das deshalb, weil jenes Theater ohne genügende Wasch- und Badeeinrichtungen war. Woraus man ersehen kann, wie wichtig es ist, dass jeder Arbeiter und jede Arbeiterin - und die kleine Tänzerin ist nichts anderes gewesen - dafür ihre Arbeit notwendigen Säuberungseinrichtungen haben, und wie wichtig es ist, dass es Gesetze gibt, die den Unternehmer zu solchen Einrichtungen verpflichten. Freilich auch: wie wichtig es ist, dass um solche Gesetze gekämpft wird; denn von selbst kommen die nicht; Arbeiterrecht und Arbeiterschutz können nur von einer wirklichen Arbeiterpartei geschaffen werden.